

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Anzeiger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint wochentlich. Fernsprech-Anschluß Nr. 23.

Verantwortlicher: Die Redaktionsleitung. Druck: Die Druckerei des Auer Tageblattes. Druckort: Auer. Druckjahr: 1927.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1990

Nr. 12

Sonnabend, den 15. Januar 1927

22. Jahrgang

Abbruch der Beziehungen zwischen U.S.A. und Mexiko?

„Näher am Kriege als jemals.“

New York, 13. Jan. Aus Mexiko-City eintreffende Nachrichten besagen, daß dortige politische Kreise mit dem Abbruch der Beziehungen Amerikas zu Mexiko noch in diesem Monat rechnen. Die Befürchtungen basieren hauptsächlich auf der Tatsache, daß alle Anträge Mexikos über das Haager Schiedsgericht bzw. die Anrufung einer mexikanisch-amerikanischen gemischten Kommission in den Vereinigten Staaten offenbar auf ungünstigen Boden gefallen seien. Jedenfalls ist nie auch nur andeutungsweise eine Antwort erfolgt, die als Zustimmung oder Ermunterung ausgelegt werden könnte.

London, 14. Jan. „Daily Telegraph“ berichtet aus New York, die Meldungen amerikanischer Berichterstatter bezeichneten die Lage in der Hauptstadt Mexikos als so gespannt, daß eine Lösung der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten noch diesen Monat erfolgen könne.

Das Expeditionskorps an der Grenze.

New York, 13. Jan. Das amerikanische Kriegsministerium teilt mit, daß die Vereinigten Staaten augenblicklich 13 000 Mann mobilisierter Truppen an der mexikanischen Grenze unterhalten, die nötigenfalls sofort marschbereit wären. Die Truppen bestehen aus vier Infanterieregimentern, zwei Feldartillerieregimentern und je einem Bataillon schwere Feldartillerie und berittene Pioniere.

Boycott gegen die Vereinigten Staaten.

Mexiko, 13. Jan. Das spanisch-amerikanische Kommuniqué, das für die Schaffung engerer Verbindungen innerhalb der lateinamerikanischen Staaten eintritt, hat die Forderung erhoben, daß auf alle Waren und Erzeugnisse der Vereinigten Staaten in allen lateinamerikanischen Staaten der Boykott gelegt werden soll.

142 Erhängte!

New York, 13. Jan. Eine amerikanische Jagdgesellschaft, die aus der Umgebung von Mexiko-City in die Stadt zurückkehrte, will 142 Erhängte an Telegraphenmasten und Bäumen, nahe Ouzumba, gezählt haben. Die Erhängten sollen zu den Aufhänger zählen, die von den Regierungstruppen im Staate Morelos gefangen wurden.

Kritik Vorahs an der amerikanischen Politik gegenüber Nicaragua.

Washington, 13. Jan. Senator Vorah griff im Senat die Politik der Regierung gegenüber Nicaragua an. Er fordert die Regierung auf, in den Beziehungen mit Mittelamerika die Anwendung von Gewalt zu unterlassen und Freundschaft durch freundschaftliche Mittel herzustellen. Die Monroe-Doktrin komme nicht in Frage. Keine nichtamerikanische Regierung erziehe einen Landgewinn oder versuche, die nicaraguansische Regierung zu stürzen. Die Vereinigten Staaten hätten auf Grund der Monroe-Doktrin kein Recht, in die Regierungsangelegenheiten irgendeines mittelamerikanischen Landes sich einzumischen. Zweck der Doktrin ist es, die lateinamerikanischen Völker vor einer Beherrschung durch auswärtige Länder zu schützen. Wir können niemals Frieden in Mittelamerika haben, wenn wir in Nicaragua diejenigen halten, die sich nicht auf den Volkswillen stützen können. Der Republikaner Venroot verteidigte die Regierungspolitik und bestritt die Behauptung Vorahs, daß die Monroe-Doktrin nicht in Frage käme. Venroot fuhr fort: Wenn wir nicht das Leben und Eigentum der Ausländer in Nicaragua schützen, müssen wir anderen Ländern gestatten, sie zu schützen.

Preßstimmen.

New York, 13. Jan. In einem Leitartikel, überschrieben „Wenn du Frieden wünschst“ führt die World aus, daß der außerordentliche Ernst der lateinamerikanischen Krise nicht länger bezweifelt werden kann. Amerika wäre näher am Krieg mit Mexiko, als jemals seit der Verhängung-Expedition oder der Veraeruz-Landung gewesen. Wenn das amerikanische Volk den Frieden wünsche, dürfte es keine Zeit verlieren, den Präsidenten, das Staatsdepartement und den Kongreß darauf aufmerksam zu machen. Kelloggs Rede vor dem Ausschuß des Senats könne nur zweifach ausgelegt werden. Entweder als äußerst unverantwortlich oder als überlegt unfeindlich. Für die Unterstellung, daß Calles und die mexikanische Regierung verantwortlich wären für die Spannungen, die die lateinamerikanischen Staaten...

telamerikas legten, sei nicht der Bruchteil eines Beweises vorhanden. Das könne man nur als herabsetzende Propaganda betrachten, dazu bestimmt, Kelloggs Lage zu retten oder die amerikanische Meinung auf einen Abbruch der diplomatischen Beziehungen oder auf eine Intervention vorzubereiten. Verschiedene andere Wort-

kommissionen deuteten darauf hin, daß eine Politik Überlegter Anschwärzung Mexikos eingeschlagen werden soll. Eine Konzentration bewaffneter Kräfte, die viel größer sei, als sie jemals für Nicaragua benötigt würde, besage vielleicht auch etwas über die Absichten der amerikanischen Regierung. Die Situation sei so delikat, die Kräfte, die auf Interventionen hinarbeiten, so stark, und die Opposition bisher so unorganisiert, daß niemand sagen könne, was passieren werde, wenn irgend ein blutiger Zwischenfall in Mexiko gerade jetzt sich ereignen sollte.

Die französische Presse intrigiert weiter.

Zu den deutsch-französischen Verhandlungen.

Paris, 13. Jan. Seit der Rückkehr des Generals von Pawelk und des Geheimrates Forster nach Paris wird die öffentliche Meinung von Paris täglich mit Berichten überschüttet, die offenbar von einer Stelle beeinflusst werden, die alle Veranlassung hat, die Dinge so darzustellen, als machten die eingeleiteten Verhandlungen keinen Fortschritt. Während einerseits behauptet wird, die deutschen Delegierten hätten überhaupt keine neuen Vorschläge unterbreitet, wird andererseits, und zwar in einer angeblich aus London stammenden Havas-Meldung, die sich auf Informationen aus englischer Quelle in Paris stützt, erklärt, deutscherseits versuche man, die Diskussion nach Berlin zu verlegen. Demgegenüber muß, um jede Zweideutigkeit zu vermeiden, festgestellt werden, daß General von Pawelk überhaupt nur über die Festungen an der deutschen Ostgrenze verhandelt, während die Verhandlungen über die Begriffsbestimmungen für das Kriegsmaterial nach wie vor in Berlin zwischen deutschen und alliierten Sachverständigen geführt werden. Der Quai d'Orsay hat offenbar nach der alarmierenden Berichterstattung der französischen Presse aus London die Ueberzeugung gewonnen, daß Tendenzmessungen entgegengetreten werden müsse, denn der „Temps“, der gewiß in der Frage der Ent-

waffnung als unparteiisch angesehen werden kann, muß erklären, daß das französische Außenministerium ausdrücklich festgestellt hat, daß die Verhandlungen, im Gegensatz zu den pessimistischen Auffassungen, die gekern und heute festzustellen waren, sich in einer wesentlich günstigeren Atmosphäre vollziehen.

Sowohl in Berlin als auch in Paris. „Coir“ kann sogar der Tempsmeldung hinzufügen, daß sich in den letzten Tagen eine übereinstimmende Auffassung über das Gelingen der jetzt im Gange befindlichen Verhandlungen zeige. Jedenfalls nahmen diese Verhandlungen einen normalen Verlauf.

Industrie und Entwaffnung.

Im Zusammenhang mit den in Berlin geführten Verhandlungen mit der internationalen Militärkontrollkommission über die Herstellung und den Export von sogenanntem Kriegsmaterial sollen Vertreter der deutschen Industrie noch einmal ihre Ansichten und Wünsche darlegen, und zwar sollen sie, wie mehrere Blätter zu melden wissen, voraussichtlich bereits heute vom Reichsminister des Inneren, Dr. Stresemann, zu einer Besprechung empfangen werden.

Die Zollfrage in China.

London, 13. Jan. Wie Reuter aus Peking berichtet, hat die Regierung drei Verordnungen erlassen: die Erhebung eines 2½-prozentigen Aufschlagzölles auf gewöhnliche Ware, Erhebung eines 7½-prozentigen Aufschlagzölles auf Luxuswaren und Erklärung der Tarifautonomie Chinas mit Wirkung vom 1. Januar 1929 versehen. Die Aufschlagzölle für gewöhnliche und Luxuswaren treten mit Wirkung vom 1. Februar 1927 in Kraft.

Japanischer Protest.

Tokio, 13. Jan. Der Minister für auswärtige Angelegenheiten beauftragte den japanischen Gesandten in Peking, gegen den Beschluß der chinesischen Regierung betreffend die Erhebung von Aufschlagzölle Protest einzulegen. Es wird jedoch als unwahrscheinlich betrachtet, daß Japan Gewalt gebrauchen wird, es sei denn, daß China den Versuch macht, die Zollzuschläge gewaltsam in Tsingtau und Dairen zu erheben. Man glaubt, daß die chinesische Erklärung über die Aufschlagzölle eine Erleichterung der Ausnahme einer inneren Anleihe eher als die Anerkennung der Zölle selbst bezweckt.

Die Chinesen zur Rückgabe der britischen Konzession bereit!

London, 13. Jan. Es verlautet, daß die Kantoneser Behörden zur Rückgabe der britischen Konzession bereit sind, unter der Bedingung, daß die englischen Warenhäuser ihre Pforten wieder öffnen. Der belgische Konsul in Kantau ist von den Chinesen gefangen genommen worden.

Vor ersten Unruhen in Schanghai.

London, 14. Jan. „Daily Telegraph“ meldet aus Schanghai: Mit der Ankunft des amerikanischen Kreuzers „Wittsborough“ beginnen die Pläne für die Verteidigung Schanghais endgültigere Gestalt anzunehmen. Es herrscht die Ansicht, daß Schanghai zweifellos der Schauplatz ernstlicher Unruhen werden wird in Folge der riesigen Zahl von Agitatoren, die in der Eingeborenenstadt tätig sind. Zunächst rechnet man mit zahlreichen Streiks und wenn die Wut des Übels den Höchststand erreicht habe, wird, so erwartet man, ein Punkt die ganze Stadt aufflammen lassen. Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ schreibt: Die internationalen Beziehungen in Schang-

hai würden erforderlichenfalls entschlossen von einer freiwilligen Wehr verteidigt werden, die von allen verfügbaren britischen Streitkräften unterstützt werden würde. Außer Japan und Frankreich würden voraussichtlich auch die amerikanischen Kriegsschiffe an der Verteidigung Schanghais teilnehmen.

Die Lage in Hankau.

Hankau, 13. Januar. Die Spannung hat nachgelassen. Die englischen Staatsangehörigen können sich im Konzessionsgebiet frei bewegen. Die Abwanderung der Ausländer aus dem Innern gestaltet sich wegen des Boykotts und des Mangels an Schiffen schwierig. Dem englischen Konsul in Kiukiang gelang es, die Archive des Konsulats zu retten. Er wohnt jetzt in einem kleinen Boot, das die Konsulatsflagge führt, auf dem Fluß. Auch der französische Zollkommissar läßt seine Tätigkeit auf einem kleinen Boot aus.

Der Plauener Stresemann-Prozeß.

Berlin, 13. Jan. Das Plauener Gericht, vor dem der Prozeß gegen den böhmisches Rechtsanwält Müller wegen Beleidigung des Reichsaußenministers Dr. Stresemann stattfindet, vernahm in Berlin den Nebenkläger Dr. Stresemann, der über seine Tätigkeit im Aufsichtsrat der Evaporator-Gesellschaft und über vom Gericht verlangte Einzelheiten weitgehende Aufschlüsse gab. Ebenso wurde gestern Reichsbankpräsident Schacht vernommen, der erklärte, daß er während seiner Zugehörigkeit zum Aufsichtsrat der Evaporator niemals ein unreelles oder unfairer Geschäft festgestellt habe. Wenn derartige Vorfälle, wie sie vom Rechtsanwält Müller behauptet werden, vorgekommen seien, wäre er auch nicht eine Minute länger bei der Evaporator im Aufsichtsrat geblieben. Er selbst kenne Dr. Stresemann seit 20 Jahren und halte es für vollkommen ausgeschlossen, daß der Reichsaußenminister derartige Geschäfte gebilligt hätte. Hauptmann a. D. Knoll, der vom Rechtsanwält Müller als Zeuge dafür benannt war, daß er aktenkundiges Material über angebliche Schiebungen der Evaporator besitze, erklärte, er selbst könne aus eigener Kenntnis nichts über Verschlebung von Kriegsmaterial durch die Evaporator nach Polen sagen. Er habe lediglich von dritten Personen ähnliche Dinge behaupten gehört. Da sich herausgestellt hat, daß das Plauener Gericht nicht alle Zeugen in Berlin vernehmen kann, wurde beschlossen, daß die Verhandlung in Plauen demnächst wieder aufgenommen werden soll.